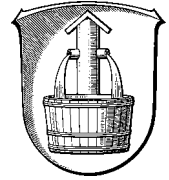


STADT STEINBACH (TAUNUS)

STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG



NIEDERSCHRIFT

der 29. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Montag, dem 08.06.2015 um 19:09 Uhr
in der Mensa der Geschwister-Scholl-Schule, Hessenring 35.

Tagesordnung

Tagesordnung I

1. Ehrungen
2. Empfehlung des Ältestenrates
3. Mitteilungen
 - 3.1 Baugenehmigung Bürgerhaus
 - 3.2 Radweg Weißkirchen-Steinbach
 - 3.3 Endabrechnung des Ausbaus Eschborner Straße/Bahnstraße
 - 3.4 Neuapostolische Kirche
 - 3.5 Steinbachaue
 - 3.6 Kunstrasenplatz
 - 3.7 Genehmigung Haushalt 2015 und 1. Nachtrag 2014
 - 3.8 Gewerbesteuerückzahlung
 - 3.9 Haushaltssperre
 - 3.10 Streik Kindergärten
 - 3.11 Kanalsanierung Eschborner Straße
 - 3.12 Stadtfest
 - 3.13 Barrierefreier Ausbau des Bahnhofs
 - 3.14 Europa-Tag
 - 3.15 Mitteilungen von Vereinen, Organisationen und Verbänden
4. Aktuelle Fragestunde
 - 4.1 Herr Hildebrandt/FDP
 - 4.2 Frau Gemke/FDP
 - 4.3 Herr Breitsprecher/CDU
 - 4.4 Herr Kletzka/SPD
 - 4.5 Herr Galinski/SPD
5. Über- und außerplanmäßige Ausgaben
6. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015

STVV-
257/2015/X
VII

- | | | |
|-----|--|----------------------------|
| 7. | Bebauungsplan „Alter Cronberger Weg“;
Billigung des Vorentwurfs und Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 und der Behörden gemäß § 4 des Baugesetzbuchs (BauGB) (Bericht des Bau-, Verkehr- und Umweltausschusses) | STVV-
252/2015/X
VII |
| 8. | Entlastung des Stiftungsrates und der Geschäftsführung der Bürgerstiftung „Bürger helfen Bürgern“ durch die Stadtverordnetenversammlung (§ 13 der Stiftungssatzung) | STVV-
255/2015/X
VII |
| 9. | Bericht zur Kinderbetreuung und Bedarfsplan 2015/2016 | STVV-
256/2015/X
VII |
| 10. | Antrag der CDU-Fraktion vom 22.05.2015
Einberufung eines runden Tisches
Jugendarbeit in Steinbach (Taunus) | STVV-
258/2015/X
VII |
| 11. | Antrag der CDU-Fraktion vom 22.05.2015
Ausstattung der Stadtverordneten mit I-Pads oder anderen geeigneten Tablet-Computern | STVV-
259/2015/X
VII |
| 12. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.05.2015
Förderung des Projektes „Mama lernt Deutsch“ | STVV-
260/2015/X
VII |
| 13. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.05.2015
Außerschulische Nutzung von Schulräumen für Vereine, Organisationen, Privatpersonen und Unternehmen | STVV-
261/2015/X
VII |
| 14. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.05.2015
Übersicht städtische Immobilien | STVV-
262/2015/X
VII |
| 15. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.05.2015
Statistik Kinderzahlen und Konzept Betreuungsplätze | STVV-
263/2015/X
VII |
| 16. | Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.2015
Einrichtung von Kurzzeitparkplätze an der Postfiliale | STVV-
264/2015/X
VII |
| 17. | Kita-Streik;
hier: Anteilige Rückerstattung der Betreuungs- und Verpflegungsgebühren | STVV-
265/2015/X
VII |

Beginn 19:09 Uhr

Ende 21:18 Uhr

Anwesend

Stadtverordnetenversammlung

CDU-Fraktion

Herr Christian Breitsprecher

Frau Gabriele Eilers

Frau Renate Hagenlocher

Herr Dr. Karl-Heinz Heimes

Frau Doris Jaeger

Frau Ursula Ramm

Herr Gijsbertus van der Tang
Herr Michael Zimmermann

SPD-Fraktion

Herr Jürgen Galinski
Herr Reinhard Grotke
Herr Holger Hertel
Herr Moritz Kletzka
Frau Ingrid Peters
Herr Florian Reusch

FDP-Fraktion

Herr Bobbi Althaus
Herr Werner Dreja
Frau Astrid Gemke
Herr Heiko Hildebrandt
Frau Christine Lenz
Frau Ingeborg Naas
Frau Brigitte Sachs

Bündnis 90/

Die Grünen

Herr Dr. Christian Albrecht ab 19:46 Uhr
Herr Metin Bayir
Herr Klaus Deitenbeck
Frau Dr. Gabriele Grabiger
Herr Martin Heinrich
Frau Hadmut Lindenblatt
Frau Sabine Schwarz-Odewald

Magistrat

Herr Dr. Stefan Naas
Frau Claudia Wittek
Herr Wolfgang Diemer
Herr Gerhard Heinrich
Frau Sigrid Hilbig
Herr Norbert Möller
Frau Marion Starke

Ausländerbeirat

Frau Semra Bayir
Herr Faik Tascan

Verwaltung

Herr Alexander Müller

Schriftführer/-in

Herr Jörg Schwengler

Nicht anwesende

Herr Holger Heil
Herr Daniel Gramatte
Herr Thomas Winter
Herr Rainer Truszewicz
Herr Steffen Bonk
Herr Marcus Gipp
Frau Nicole Gruber
Frau Inge Michaelis

Sitzungsverlauf

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers eröffnet die 29. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Steinbach (Taunus). Sie begrüßt die Bürgerinnen und Bürger, die Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung, die Mitglieder des Magistrates, den Ausländerbeirat, die Vertreter der Presse und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers stellt fest, dass die Einladung zur 29. öffentlichen Sitzung rechtzeitig ergangen und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung gegeben ist.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers stellt weiterhin fest, dass gegen die Niederschrift der 28. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 13.04.2015 keine Widersprüche vorliegen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers fragt, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt.

Herr Bürgermeister Dr. Naas beantragt die Drucksache Nr. 265/2015/XVII (Kita-Streik; hier: Anteilige Rückerstattung der Betreuungs- und Verpflegungsgebühren) auf die heutige Tagesordnung zu nehmen.

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Drucksache Nr. 265/2015/XVII (Kita-Streik; hier: Anteilige Rückerstattung der Betreuungs- und Verpflegungsgebühren) als Punkt 17 auf die heutige Tagesordnung zu nehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Es werden keine weiteren Änderungswünsche vorgetragen.

Tagesordnung I

1. Ehrungen

Die Ehrungen finden voraussichtlich in der Stadtverordnetenversammlung am 20.07.2015 statt.

2. Empfehlung des Ältestenrates

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers berichtet

diese als Vorsitzende des Ältestenrates über die vor dieser Stadtverordnetenversammlung erfolgte Sitzung des Ältestenrates.

Sie teilt mit, dass man sich im Ältestenrat darauf verständigt hat, dass alle Punkt entsprechend der Tagesordnung behandelt werden.

3. Mitteilungen Bürgermeister Dr. Naas

3.1 Baugenehmigung Bürgerhaus

Uns liegt nun die Baugenehmigung für den Wiederaufbau des Bürgerhauses vor. Jedoch ist diese mit einigen Auflagen verbunden, so dass der Magistrat beschlossen hat, Widerspruch gegen diese einzulegen. Es geht hierbei um die Nutzung des Gebäudes in den Abendstunden für größere Gesellschaften.

Unabhängig von diesem Widerspruch werden wir ab sofort die Arbeiten zum Wiederaufbau ausschreiben.

3.2 Radweg Weißkirchen-Steinbach

Der Lückenschluss in der Regionalpark-Rundroute zwischen Steinbach und Weißkirchen soll noch in diesem Jahr geschlossen werden. Die Regionalpark GmbH gab grünes Licht für die Realisierung dieses wichtigen Radverkehrsprojektes.

3.3 Endabrechnung des Ausbaus Eschborner Straße/Bahnstraße

Die Verwaltung stellt derzeit die Unterlagen für die Endabrechnung für den Ausbau der Eschborner Straße/Bahnstraße zusammen. Ich freue mich Ihnen mitteilen zu können, dass nach derzeitigem Kenntnisstand sich die Kosten voll im Ansatz befinden.

Darüber hinaus kann ich Ihnen mitteilen, dass wir noch eine weitere Landesförderung für die Kanalsanierung in der Eschborner Straße/Bahnstraße (2. Bauabschnitt) erhalten, so dass wir diese Maßnahme nunmehr zügig in Angriff nehmen; die Auftragserteilung ist bereits erfolgt.

3.4 Neuapostolische Kirche

Der Vertrag über den Kauf der Neuapostolischen Kirche für die Schaffung einer weiteren Kindertageseinrichtung ist protokolliert, derzeit steht noch die aufsichtliche Genehmigung der Kirche aus.

Um bei den Planungen keine Zeit zu verlieren, hat der Magistrat bereits einen Architekten beauftragt und mögliche Raumplanungen beraten.

3.5 Steinbachaue

Die umfassenden Arbeiten zur Renaturierung der Steinbachaue haben begonnen.

3.6 Kunstrasenplatz

Mit dem Bau des Kunstrasenplatzes wurde ebenfalls begonnen, die Arbeiten liegen im Plan.

3.7 Genehmigung Haushalt 2015 und 1. Nachtrag 2014

Das Regierungspräsidium Darmstadt hat uns sowohl den I. Nachtrag 2014 als auch den Haushalt 2015 ohne Auflagen genehmigt, d.h., dass wir zum Zeitpunkt der Beschlussfassung mit unseren Ansätzen und Beschlüssen auf Linie mit den vertraglichen Bestimmungen des Schutzschirmes lagen.

Die Haushaltsgenehmigung liegt dem Protokoll als Anlage bei.

3.8 Gewerbesteuerrückzahlung

Zu meinem Bedauern muss ich Ihnen aber auch mitteilen, dass uns in der vergangenen Woche ein Bescheid aus dem Finanzamt erreichte, der uns in diesem Jahr eine Rückzahlung an Gewerbesteuer in Höhe von rund 523.000 € abverlangt.

3.9 Haushaltssperre

Der Magistrat hat aufgrund der anstehenden Gewerbesteuerrückzahlung in seiner heutigen Sitzung auf meinen Vorschlag eine Haushaltssperre in Höhe von 15 Prozent der Aufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen verhängt. Zudem bedürfen nunmehr sämtliche Aufwendungen über 1.000 € meiner vorherigen Zustimmung.

Heute haben wir Ihnen den Entwurf des I. Nachtrags 2015 vorgelegt, wir werden Ihnen im Zuge dieser Beratungen Vorschläge unterbreiten, wie die Rückforderung kompensiert werden kann.

3.10 Streik Kindergärten

Vier Wochen lang wurden die drei städtischen Kindertageseinrichtungen komplett bestreikt, so dass uns eine Notbetreuung der Kinder mit städt. Personal nicht möglich war. Wir haben den Familien aber gestattet, die Betreuung der Kinder in Eigenregie und -verantwortung in den Einrichtungen durchzuführen.

Der Magistrat hat sich ausgesprochen, den Familien auf Antrag für die Dauer des Streiks anteilig die Betreuungs- und Verpflegungsgebühren zu erstatten. Sie haben den Eilantrag auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen, dafür danke ich Ihnen.

3.11 Kanalsanierung Eschborner Straße

In der Eschborner Straße werden wir den Kanal sanieren, dies ist jedoch im Budget abgebildet. Die Maßnahme wird jetzt zügig begonnen. Die Straße wird hierfür nicht wieder aufgerissen werden müssen.

3.12 Stadtfest

Das vergangene Wochenende stand im Zeichen des Steinbacher Stadtfestes und wie auch beim Europa-Tag hatten wir bestes Festwetter. Wie in den Vorjahren präsentierte sich die Stadtverwaltung mit einem eigenen Stand und stellte die aktuellen Projekte vor. Darüber hinaus gab es auch einen gemeinsamen Stand unserer Kooperationspartner beim Projekt „Soziale Stadt“.

3.13 Barrierefreier Ausbau des Bahnhofs

Die Aktennotiz zum barrierefreien Ausbau des Bahnhofs liegt dem Protokoll als Anlage bei.

3.14 Europa-Tag

Am 9. Mai war Europa zu Gast in Steinbach; in Kooperation mit dem Hochtaunuskreis veranstalteten wir das diesjährige Fest auf dem Pijnacker-Platz. Steinbach hat sich an diesem Tag von seiner schönsten Seite präsentiert, die rund 4.000 Besucher dankten es uns und auch die Verantwortlichen auf Seiten des Kreises zeigten sich mit der Veranstaltung äußerst zufrieden.

Im Rahmen dieser Veranstaltung würdigten wir das langjährige Wirken des Vorsitzenden unseres französischen Freundeskreises, Jean-Claude Marcadier, mit der Verdienstmedaille in Bronze.

3.15 Mitteilungen von Vereinen, Organisationen und Verbänden

Frau Lindenblatt/Grüne berichtet von der Verbandsversammlung des Verkehrsverbandes Hochtaunus vom 22.05.2015.

4. Aktuelle Fragestunde

4.1 Herr Hildebrandt/FDP

Das Spielfeld des Bolzplatzes in der Waldstraße befindet sich in keinem guten Zustand mehr. Ist es möglich, mit geringen finanziellen Mitteln, die Platzverhältnisse in naher Zukunft zu verbessern? Vielleicht können auch die jugendlichen Nutzer des Platzes in die Verbesserungsmaßnahmen eingebunden werden.

Herr Bürgermeister Dr. Naas teilt mit, dass wir uns den Zustand des Platzes ansehen werden und prüfen, was möglicherweise getan werden kann.

4.2 Frau Gemke/FDP

Kann die Parkzeit in der Bahnstraße/Eschborner Straße verlängert werden (von 1 Stunde auf 2 Stunden)?

Herr Bürgermeister Dr. Naas teilt mit, dass wir dies prüfen werden, ob eine Parkzeitverlängerung von 1 Stunde auf 2 Stunden sinnvoll ist.

4.3 Herr Breitsprecher/CDU

Kann in der Berliner Straße und Stettiner Straße ein versetztes Parken der Fahrzeuge angeordnet werden um die Reinigung der Straßen besser ausführen zu können? Neben den Fahrzeugen liegt doch sehr viel Dreck.

Herr Bürgermeister Dr. Naas teilt mit, dass diese Maßnahme einmal im Jahr durchgeführt wird um die größte Verschmutzung zu beseitigen. Leider ist es nicht möglich diesen doch erheblichen Aufwand öfters zu betreiben, außerdem wäre es auch den dortigen Anwohner nicht zu vermitteln.

4.4 Herr Kletzka/SPD

Die Vorfahrt der Schule wurde bisher noch nicht gemacht. Wann wird der Bau der Vorfahrt ausgeführt?

Herr Bürgermeister Dr. Naas teilt mit, dass wir nach dem derzeitigen Stand davon ausgehen, dass die Schulvorfahrt in den Sommerferien 2015 gebaut wird. Dies ist jedoch von dem zu erfolgenden Ausschreibungsergebnis abhängig.

4.5 Herr Galinski/SPD

Mir geht es um die Parksituation in der Wiesenstraße (Postfiliale). Besteht die Möglichkeit Kurzzeitparkplätze vor der Postfiliale einzurichten?

Herr Bürgermeister Dr. Naas teilt mit, dass zwar eine Möglichkeit bestehen würde, jedoch sollte zunächst der Betreiber der Postfiliale sich darum bemühen Parkplätze auf dem eigenen Grundstück auszuweisen.

5. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers stellt diese fest, dass es derzeit keine Über- und außerplanmäßige Ausgaben gibt.

6. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015

**STVV-
257/2015/XVII**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers spricht Herr Bürgermeister Dr. Naas zum 1. Nachtragshaushalt 2015.

Herr Galinski/SPD beantragt die Drucksache Nr. 257 in den Haupt- und Finanzausschuss zu überweisen.

Gegen die Überweisung erfolgt keine Gegenrede.

Damit ist die Drucksache Nr. 257 in den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

7. Bebauungsplan „Alter Cronberger Weg“; Billigung des Vorentwurfs und Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 und der Behörden gemäß § 4 des Baugesetzbuchs (BauGB) (Bericht des Bau-, Verkehr- und Umweltausschusses)

**STVV-
252/2015/XVII**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers spricht Herr Dr. Heimes/CDU und trägt als Ausschussvorsitzender die Ausschussempfehlung vor.

Weiterhin sprechen: Herr Martin Heinrich/Grüne, Frau Gemke/FDP und Herr Bürgermeister Dr. Naas.

Herr Hertel/SPD stellt für seine Fraktion nochmals den Antrag der bereits in der Bau-, Verkehr-

und Umweltausschuss gestellt wurde.

Es wird zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt.

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Steinbach (Taunus) beschließt:

- a) Auf den Grundstücken WA1 zwischen der inneren Erschließungsstraße und der Sodener Straße sollen nur Reihenhäuser und Hausgruppen zulässig sein.
- b) Festgelegt wird eine Mindestbreite von 6 m.

Beratungsergebnis: 6 Ja-Stimme(n), 15 Gegenstimme(n), 7 Stimmenthaltung(en)

Damit ist der SPD-Antrag abgelehnt.

Danach kommt es zur Abstimmung über die Drucksache Nr. 252.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Steinbach (Taunus) beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Vorentwurf des Bebauungsplanes „Alter Cronberger Weg“ zur Kenntnis und beauftragt den Magistrat, die weiteren Verfahrensschritte nach Baugesetzbuch (BauGB), Beteiligung der Öffentlichkeit (gem. § 3 Abs. 1 und 2 BauGB) sowie der Behörden (gem. § 4 Abs. 1 und 2 BauGB), durchzuführen.

Beratungsergebnis: 15 Ja-Stimme(n), 13 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**8. Entlastung des Stiftungsrates und der Geschäftsführung der Bürgerstiftung „Bürger helfen Bürgern“ durch die Stadtverordnetenversammlung (§ 13 der Stiftungssatzung) STVV-
255/2015/XVII**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers kommt es ohne weitere Diskussion zur Abstimmung über die Drucksache Nr. 255.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes des Hochtaunuskreises vom 26.02.2015 für das Jahr 2014 zur Kenntnis und beschließt, dem Stiftungsrat und der Geschäftsführung gemäß § 13 der Stiftungssatzung Entlastung zu erteilen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**9. Bericht zur Kinderbetreuung und Bedarfsplan 2015/2016 STVV-
256/2015/XVII**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers beantragt Herr Galinski/SPD die Drucksache Nr. 256 in den Ausschuss für Soziales, Integration, Sport und Kultur zu überweisen.

Gegen die Überweisung erfolgt keine Gegenrede.

Damit ist die Drucksache Nr. 256 in den Ausschuss für Soziales, Integration, Sport und Kultur überwiesen.

**10. Antrag der CDU-Fraktion vom 22.05.2015
Einberufung eines runden Tisches
Jugendarbeit in Steinbach (Taunus)**

**STVV-
258/2015/XVII**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers spricht Frau Eilers/CDU zum Antrag ihrer Fraktion.

Herr Reusch/SPD beantragt die Drucksache Nr. 258 in den Ausschuss für Soziales, Integration, Sport und Kultur zu überweisen.

Gegen die Überweisung erfolgt keine Gegenrede.

Damit ist die Drucksache Nr. 258 in den Ausschuss für Soziales, Integration, Sport und Kultur überwiesen.

**11. Antrag der CDU-Fraktion vom 22.05.2015
Ausstattung der Stadtverordneten mit I-Pads oder anderen
geeigneten Tablet-Computern**

**STVV-
259/2015/XVII**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers spricht Herr Breitsprecher/CDU zum Antrag seiner Fraktion.

Frau Gemke/FDP beantragt die Drucksache Nr. 259 in den Haupt- und Finanzausschuss zu überweisen.

Gegen die Überweisung erfolgt keine Gegenrede.

Damit ist die Drucksache Nr. 259 in den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

**12. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.05.2015
Förderung des Projektes „Mama lernt Deutsch“**

**STVV-
260/2015/XVII**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers spricht Frau Dr. Grabiger/Grüne zum Antrag ihrer Fraktion.

Herr Breitsprecher/CDU beantragt die Drucksache Nr. 260 in den Ausschuss für Soziales, Integration, Sport und Kultur zu überweisen.

Gegen die Überweisung erfolgt keine Gegenrede.

Damit ist die Drucksache Nr. 260 in den Ausschuss für Soziales, Integration, Sport und Kultur überwiesen.

**13. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.05.2015
Außerschulische Nutzung von Schulräumen für Vereine,
Organisationen, Privatpersonen und Unternehmen**

**STVV-
261/2015/XVII**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers spricht Frau Lindenblatt/Grüne zum Antrag ihrer Fraktion.

Weiterhin sprechen: Herr Galinski/SPD, Herr Bürgermeister Dr. Naas und Frau Lindenblatt/Grüne.

Frau Gemke/FDP beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird von 20.38 Uhr bis 20.52 unterbrochen.

Frau Lindenblatt/Grüne teilt mit, dass der letzte Satz des Antrages wie folgt abgeändert wird:
Über das Ergebnis der Verhandlungen ist der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat mit dem Hochtaunuskreis Verhandlungen aufzunehmen, wie und unter welchen Bedingungen Schulräume für eine Nutzung durch Vereine und Organisationen in Steinbach zur Verfügung gestellt werden können.
Über das Ergebnis der Verhandlungen ist der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

Beratungsergebnis: 27 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

14. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.05.2015 **STVV-**
Übersicht städtische Immobilien **262/2015/XVII**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers zieht Frau Lindenblatt/Grüne den Antrag ihrer Fraktion zurück.

15. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.05.2015 **STVV-**
Statistik Kinderzahlen und Konzept Betreuungsplätze **263/2015/XVII**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers spricht Frau Lindenblatt/Grüne zum Antrag ihrer Fraktion.

Sie trägt folgende Ergänzung zum Antragstext vor:

*Punkt 1 des Beschlussvorschlages soll um folgenden letzten Satz ergänzt werden:
Der Statistik soll jahrgangsbezogen zu entnehmen sein, welcher Konfession bzw. Religion die Kinder angehören.*

Herr Breitsprecher/CDU beantragt die Drucksache Nr. 263 in den Ausschuss für Soziales, Integration, Sport und Kultur zu überweisen.

Gegen die Überweisung erfolgt keine Gegenrede.

Damit ist die Drucksache Nr. 263 in den Ausschuss für Soziales, Integration, Sport und Kultur überwiesen.

16. Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.2015 **STVV-**
Einrichtung von Kurzzeitparkplätze an der Postfiliale **264/2015/XVII**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers zieht Herr Galinski/SPD den Antrag seiner Fraktion zurück.

**17. Kita-Streik;
hier: Anteilige Rückerstattung der Betreuungs- und
Verpflegungsgebühren**

**STVV-
265/2015/XVII**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Frau Stadtverordnetenvorsteherin Eilers spricht Herr Bürgermeister Dr. Naas zu seinem Eilantrag.

Weiterhin sprechen: Herr Breitsprecher/CDU, Frau Gemke/FDP, Herr Deitenbeck/Grüne und Herr Galinski/SPD.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung folgt dem Votum des Magistrats und beschließt die Betreuungs- und Verpflegungsgebühren für die Dauer des Kita-Streiks den Familien auf Antrag zurück zu erstatten.

Die Rückerstattung stellt eine freiwillige Leistung dar, auf die kein Rechtsanspruch seitens der Familien besteht.

Vor Auszahlung der Gebühren ist die rechtliche Situation mit dem Regierungspräsidium abzustimmen, so dass die Maßnahme mit dem „Schutzschirm“ konform ist.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

gez.
Gabriele Eilers
Stadtverordnetenvorsteherin

gez.
Jörg Schwengler
Schriftführer

Die Niederschrift liegt gemäß § 28, Abs. 3 der Geschäftsordnung vom 18.06.2012 in der Zeit vom 22. Juni bis einschließlich 06. Juli 2015 im Rathaus, Gartenstraße 20, Zimmer 24, 2. Stock, offen.

ALC 20 (10)
1. Öff. für Regierung
+ VFAVO
2. 6. Bsp. bei
Gelehrten



Regierungspräsidium Darmstadt . 64278 Darmstadt

Magistrat der
Stadt Steinbach (Taunus)
Postfach 160

61444 Steinbach (Taunus)

Steinbach (Taunus)
Eing. 20. Mai 2015
Erl.

Unser Zeichen:
Ihr Zeichen:
Ihre Nachrichten vom:
Ihr Ansprechpartner:
Zimmernummer:
Telefon/ Fax:
E-Mail:
Datum:

16 - 33 g 02/01 - 4 - 10
12. Januar, 27. März und 21. Mai 2015
Christian Lettmann
2.41
06151 12 6504 / 12 4610
christian.lettmann@rpda.hessen.de

26. Mai 2015
29.11
erl. 11.6.15

1. Nachtragssatzung und 1. Nachtragsplan für das Haushaltsjahr 2014 sowie Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015

Genehmigungen gemäß §§ 102 bis 105 Hessische Gemeindeordnung (HGO) sind jetzt nach § 4 Abs. 3 des Gesetzes zur Sicherstellung der dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit konsolidierungsbedürftiger Kommunen (Schutzschirmgesetz - SchuSG) in die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten übergegangen.

Nachfolgend erhalten Sie die aufsichtsbehördlichen Genehmigungen

- zu den in der 1. Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2014 vorgesehenen Kreditaufnahmen (§ 2) und Kassenkrediten (§ 4) und
- zu den in der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 vorgesehenen Kreditaufnahmen (§ 2) und Kassenkrediten (§ 4).

I. Haushaltsgenehmigung für 2014

Hiermit genehmige ich

1. den Gesamtbetrag der in § 2 der 1. Nachtragssatzung der Stadt Steinbach (Taunus) für das Haushaltsjahr 2014 vorgesehenen Kredite in Höhe von

830.000,00 €

(i. W.: "Acht Hundert dreißigtausend Euro")

Regierungspräsidium Darmstadt
Luisenplatz 2, Kollegiengebäude
64283 Darmstadt

Internet:
www.rp-darmstadt.hessen.de

Servicezeiten:

Mo. - Do. 8:00 bis 16:30 Uhr
Freitag 8:00 bis 15:00 Uhr

Telefon: 06151 12 0 (Zentrale)
Telefax: 06151 12 6347 (allgemein)

Fristenbriefkasten:
Luisenplatz 2
64283 Darmstadt

Öffentliche Verkehrsmittel:
Haltestelle Luisenplatz

der gegenüber der ursprünglichen Festsetzung in Höhe von 830.000,00 €, durch die 1. Nachtragssatzung nicht verändert wurde, gem. § 4 Abs. 3 des Gesetzes zur Sicherstellung der dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit konsolidierungsbedürftiger Kommunen (Schutzschirmgesetz - SchuSG) in Verbindung mit § 103 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO); unter dem Vorbehalt, dass die Aufnahme der einzelnen Kredite meiner Genehmigung nach § 103 Abs. 4 Nr. 2 HGO (Einzelgenehmigung) bedarf;

2. den in § 4 der vorgenannten 1. Nachtragssatzung festgesetzten Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe von

11.000.000,00 €

(i.W.: „Elf Millionen Euro“)

der gegenüber der ursprünglichen Festsetzung in Höhe von 11.000.000,00 €, durch die 1. Nachtragssatzung nicht verändert wurde, gemäß § 4 Abs. 3 SchuSG in Verbindung mit § 105 Abs. 2 HGO.

II. Haushaltsgenehmigung für 2015

1. den Gesamtbetrag der in § 2 der Haushaltssatzung der Stadt Steinbach (Taunus) für das Haushaltsjahr 2015 vorgesehenen Kredite in Höhe von

518.500,00 €

(i. W.: " Fünfhundertachtzehntausendfünfhundert Euro")

gem. § 4 Abs. 3 SchuSG in Verbindung mit § 103 Abs. 2 HGO; unter dem Vorbehalt, dass die Aufnahme der einzelnen Kredite meiner Genehmigung nach § 103 Abs. 4 Nr. 2 HGO (Einzelgenehmigung) bedarf;

2. den in § 4 der vorgenannten Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe von

11.000.000,00 €

(i.W.: „Elf Millionen Euro“)

gemäß § 4 Abs. 3 SchuSG in Verbindung mit § 105 Abs. 2 HGO.

III. Feststellungen nach dem Konsolidierungsvertrag

Nach dem Konsolidierungsvertrag wurde ein Konsolidierungszeitraum von **vier Jahren** vereinbart. Der jahresbezogene Haushaltsausgleich ist danach bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2016 zu erreichen.

Mit dem vorgelegten Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 wird bereits jetzt der jahresbezogene Haushaltsausgleich möglich. Auch nach der mittelfristigen Finanzplanung werden für die Planungsjahre 2016 und 2017 positive Jahresergebnisse prognostiziert. Für das Planungsjahr 2018 erwarten Sie einen jahresbezogenen Fehlbedarf von 114.200 €. Ich bitte rechtzeitig durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass auch im Jahr 2018 der jahresbezogene Haushaltsausgleich erreicht wird.

IV. Feststellungen zum 1. Nachtragsplan 2014 und zum Haushaltsplan 2015

Die Haushalts- und Finanzlage der Stadt Steinbach ist weiterhin als gefährdet zu bezeichnen. Der jahresbezogene Haushaltsausgleich erfolgte nach den Halbjahresberichten zum Schutzschirm bereits im Jahr 2013. Bisher wurde erst die Eröffnungsbilanz für 2008 geprüft, die Jahresabschlüsse ab 2008 sind noch festzustellen und müssen geprüft werden. Verlässliche Ausführungen und Bewertungen zu den einzelnen Jahresabschlüssen können erst danach getroffen werden.

Bei der Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit sind auch die Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten (Altdefizite) von 5,7 Mio. € angemessen zu berücksichtigen.

Die Genehmigung für den Gesamtbetrag der Kredite kann daher nur unter dem Vorbehalt der Einzelgenehmigung nach § 103 Abs. 4 Nr. 2 HGO erteilt werden, obwohl die Stadt Steinbach im Haushalt 2015 keine Nettoneuverschuldung vorsieht.

Den Anträgen auf Einzelgenehmigung ist neben einer Auflistung der mit den Kreditmitteln zu finanzierenden Investitionen auch eine Stellungnahme der aktuellen Haushaltssituation und das voraussichtliche ordentliche Ergebnis mitzuteilen.

Gemäß § 5 Abs. 1 Verordnung zur Durchführung des Schutzschirmgesetzes (SchuSV) sind, falls einzelne Maßnahmen keinen Erfolg haben oder die Haushaltsentwicklung neue Maßnahmen erfordern, entsprechende Anpassungen und Konsolidierungsschritte im Rahmen der Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes, nach Zustimmung des für die Finanzen zuständigen Ministeriums im Einvernehmen mit dem für kommunale Angelegenheiten zuständigen Ministerium zu beschließen.

Dazu ist die Einrichtung eines regelmäßigen Berichtswesens für die Steuerung und Kontrolle des Haushaltsvollzugs, wie in § 28 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) gefordert, unverzichtbar.

Im Übrigen weise ich darauf hin, dass künftige aufsichtsbehördliche Genehmigungen nur dann in Aussicht gestellt werden können, wenn die Konsolidierungsvereinbarungen zum kommunalen Schutzschirm eingehalten werden.

Mit Bericht vom 27. März 2015 haben Sie einen verbindlichen Zeitplan vorgelegt, in dem Sie zusichern, bis zum 31. Dezember 2015 die Jahresabschlüsse bis 2012 aufzustellen. Ich bitte die aufgestellten Jahresabschlüsse zu den vorgesehenen Terminen vorzulegen.

Diese Verfügung ist gemäß § 50 Abs. 3 der Hessischen Gemeindeordnung in geeigneter Form der Stadtverordnetenversammlung mitzuteilen.

Ich bitte um weitere Veranlassung gemäß § 97 Abs. 5 HGO.

V. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim

Verwaltungsgericht Frankfurt
Adalbertstraße 18
60486 Frankfurt am Main

schriftlich oder zur Niederschrift der Urkundsbeamtin oder des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Die Klage ist gegen das Land Hessen, vertreten durch das Regierungspräsidium Darmstadt, zu richten. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Die angefochtene Verfügung soll in Urschrift oder Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Lindscheid
Regierungspräsidentin



Betr.: aktueller Sachstand zum barrierefreien Ausbau des S-Bahnhofs

- Die Deutsche Bahn geht nach einer ersten Grobkostenschätzung von Gesamtkosten für das Projekt in Höhe von rund 3,5 Mio. € aus. Die reinen Baukosten dürften damit grob bei ca. 2,6 Mio. € liegen.
- Die Maßnahme umfasst neben dem barrierefreien Ausbau auch die Sanierung der Treppen zur Unterführung.
- Bis zur Erlangung des Baurechts und zur Plangenehmigung durch das Eisenbahnbundesamt ist mit einem Planungsvorlauf von günstigenfalls drei Jahren zu rechnen. Vorläufig wird von der DB als frühester möglicher Baubeginn das Jahr 2019 genannt.
- Voraussetzung ist die von der Stadt im September 2014 beantragte Aufnahme des Projektes in die „Projektliste der Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Hessen, den Verkehrsverbänden und der DB AG“. Dem RMV liegt die endgültige Projektliste bis zum Jahr 2019 derzeit noch nicht vor.

Ergänzende Hintergrundinformation: Die Rahmenvereinbarung läuft – wie das GVFG (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz), auf dessen Grundlage die Finanzierung erfolgt – nach 2019 aus. Derzeit laufen die Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern über eine Fortführung.

- Die Planungskosten bis zur Plangenehmigung dürften bei rund 10% bis 12% der reinen Baukosten liegen, also bei rund 300.000 €. Der RMV übernimmt 50% der Planungskosten.
- Als Eigenanteil der Stadt Steinbach bzw. der Städte Steinbach und Oberursel ist in deren Finanzplanung von einem Mittelbedarf bis zum Abschluss der Genehmigungsplanung von rund 150.000 € auszugehen. Aufgeteilt auf die drei Jahre Planungsvorlauf ergeben sich daraus 50.000 € jährlich für die Jahre 2016 bis 2018 oder 2017 bis 2019.

Anlage: Projektblatt der DB

aufgestellt: 60/30 Müller

Jahresprojektanbahnung RV Hessen 2015 Infrastrukturmaßnahme Verkehrsstation Weißkirchen/Steinbach



RV-Daten (Stand März 2015):

derzeit nicht in RV enthalten

Reisendenfrequenz: 3100

DB –Stationskategorie: 5

Aktueller Sachstand (Februar 2015):

- derzeit nicht in Rahmenvereinbarung enthalten, Schreiben der Stadt Steinbach (Taurus) vom 15.09.2014 mit Wunsch zur Aufnahme in RV

Maßnahmen:

- Barrierefreier Ausbau der Verkehrsstation, Sanierung der Treppen, taktiles Leitsystem

Grobkostenschätzung: 3.500 TEUR

geplanter Baubeginn: 2019

Entscheidungsbedarf / weiteres Vorgehen:

Aufnahme in die RV Anlage 1.1 als GVFG-Projekt